

Wohnungsnot:

Polizei - Gewalt statt Diskussion

Am Dienstag, den 13.12.'88 wurden 200 DemonstrantInnen mit Polizeigewalt aus der Stadtverordnetenversammlung hinausgeworfen.

Kurz zuvor war auf dem Luisenplatz die Wohnungs-Demonstration mit über 1000 TeilnehmerInnen zu Ende gegangen, zu der die 3 Allgemeinen StudentInnen Ausschüsse und unabhängige Gruppen von Betroffenen aufgerufen hatten.

Der Ablauf der Ereignisse: Einige von uns entschlossen sich spontan, die laufende öffentliche Versammlung im Rathaus aufzusuchen. Den StellvertretungspolitikerInnen sollte klar gemacht werden, daß wir nicht länger tatenlos hinnehmen, wie sie über unsere Köpfe hinweg und gegen unser aller Interessen Politik betreiben. Schon auf der Treppe wurden wir von der Polizei gestoppt, die bei dem sich einstellenden Drängen und Schieben nicht gerade zimperlich vorging: rüde Griffe - u.a. ins Gesicht -, willkürliche Personalienprüfung o.ä. Nachdem einige von uns auf Umwegen in die Sitzung gelangt waren, wurde diese unterbrochen. Schließlich gelang es auch den anderen, in den Saal vorzudringen. Eigentlich hätte die Sitzung nun weitergehen können. Als ein Vertreter der GRÜNEN beantragte, das Thema Wohnungsnot auf die Tagesordnung zu setzen, wurde er vom SPD-Stadtverordneten Müller vom Mikrophon weggezerrt. Auf unser

Diskussionsangebot gingen die Politiker nicht ein. Vielmehr ließen sie wenig später die ZuschauerInnentribüne räumen. Da sich die DemonstrantInnen weigerten, freiwillig zu gehen, wendete die Polizei Gewalt an: DemonstrantInnen wurden auf die Treppe geschleudert, gewürgt, an den Haaren gezogen, in den Polizei-Griff genommen.

Beschwerden waren zwecklos; Namen und Dienstnummern wurden nicht genannt, Anzeigen nicht entgegengenommen. Im geräumten Saal wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Der Stadtverordnetenvorsteher: "Wir lassen uns nicht von irgendwelchen Leuten nötigen, die Tagesordnung zu ändern." Ausdrücklich dankte er der Polizei für ihre gute Arbeit (die wieder einmal die Demokratie erfolgreich vor der Bevölkerung geschützt hat).

Offensichtlich ist die Stadtverordnetenversammlung nicht bereit, in Anwesenheit der Betroffenen über Wohnungsnot zu diskutieren; stattdessen wird wie so oft, die Polizei vorgeschickt. Diese Politiker sind weder fähig noch willens, unsere Probleme ernstzunehmen und sie zu lösen. Stattdessen wird der Protest mit Polizeigewalt niedergehalten.

Es wird deutlich:

Wir müssen unsere Interessen selbst in die Hand nehmen.

**ES VERÄNDERT SICH NICHTS -
AUSSER WIR TUN ES**

D A S **Echo** D E S M A G I S T R A T S

Obwohl auch wir eine Presseerklärung an das Darmstädter Echo geschickt haben, wurde nur gedruckt, was die Position des Stadtverordnetenvorstehers und des Polizeiberichts wiedergibt.

Die Gewalttaten gegen uns hat das Darmstädter Echo bewußt unterdrückt. Auf telefonische Anfrage wurde mitgeteilt, die Polizeiausschreitungen interessierten nicht für die Berichterstattung. Außerdem hätte der Stadtverordnetenvorsteher mit der Räumungsanordnung Recht, sonst könnten ja am nächsten Tag "hundert Drogenabhängige" kommen und die Anhörung ihrer Probleme verlangen.

Damit wird klar, daß das Darmstädter Echo als Monopolblatt sich voll in den Dienst von Metzger, Ebert und Konsorten stellt.

Deshalb haben wir eine eigene Darstellung gedruckt.

Einige Betroffene in Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen

StudentInnen-Ausschuß der TH Darmstadt

Wohnungsnot: Polizei-Willkür statt Diskussion

Am Dienstag, den 13.11.88 wurden 200 DemonstrantInnen mit Polizeigewalt aus der Stadtverordnetenversammlung herausgeworfen. Sie hatten dort vergeblich versucht, mit den Stadtverordneten über die drängende Wohnungsnot zu diskutieren. Kurz zuvor war auf dem Luisenplatz die Wohnungsnot-Demonstration von TH und FH Darmstadt mit über 1000 TeilnehmerInnen zu Ende gegangen.

Der Ablauf der Ereignisse: Einige DemonstrantInnen entschließen sich spontan, die laufende öffentliche Versammlung im Rathaus aufzusuchen. Schon auf der Treppe werden sie von der Polizei gestoppt, die bei dem sich einstellenden Drängen und Schieben nicht gerade zimperlich vorgeht: rüde Griffe - u.a. ins Gesicht -, willkürliche Personalienüberprüfung o.ä. Auf Umwegen füllt sich die Besuchertribüne doch, die Sitzung wird unterbrochen. Schließlich dürfen alle nach oben. Eigentlich könnte die Sitzung jetzt weitergehen. Als ein Vertreter der GRÜNEN beantragt, das Thema Wohnungsnot auf die Tagesordnung zu setzen, wird er vom SPD-Stadtverordneten Müller vom Mikrophon weggeschubst. Wenig später stehen Polizisten an allen Ausgängen. Da sich die DemonstrantInnen weigern, freiwillig zu gehen, wendet die Polizei Gewalt an: DemonstrantInnen werden auf die Treppe geschleudert, gewürgt, an den Haaren gezogen, in den Polizei-Griff genommen.

Beschwerden sind zwecklos; Namen und Dienstnummern werden nicht genannt, Anzeigen nicht entgegengenommen. Im geräumten Saal wird die Sitzung wieder aufgenommen: die Grünen haben einen Antrag gestellt, über die Wohnungsnot zu diskutieren, der Antrag ist abgelehnt worden. Der Stadtverordnetenvorsteher: "Wir lassen uns nicht von irgendwelchen Leuten nötigen, die Tagesordnung zu ändern". Ausdrücklich dankt er der Polizei für ihre gute Arbeit.

Offensichtlich ist die Stadtverordnetenversammlung nicht bereit, in Anwesenheit der Betroffenen über Wohnungsnot zu diskutieren; stattdessen wird, wie so oft, die Polizei vorgeschickt. Diese Politiker sind weder fähig noch willens, unsere Probleme ernstzunehmen und sie zu lösen. Stattdessen wird der Protest mit Polizeigewalt niedergehalten. Es wird deutlich:

Wir können uns nicht auf die Politiker verlassen, sondern müssen unsere Interessen selbst in die Hand nehmen!